

Kleine Anfrage

Marktentwicklung im Geldspielbereich

Frage von Landtagsabgeordneter Lino Nägele

Antwort von Regierungsrat Hubert Büchel

Frage vom 04. März 2026

Als Antwort auf die Kleine Anfrage zur Casino-Situation nach dem «Vaterland»-Bericht vom 11. Oktober 2025 hält die Regierung in ihrer Beantwortung vom 7. November 2025 fest, dass sie davon ausgehe, «dass die Branche als solche nicht gefährdet ist». Vertreter der Spielbanken widersprechen dieser Einschätzung unter Verweis auf die von der Geldspielaufsicht Anfang Februar veröffentlichten kumulierten Zahlen zum Geschäftsjahr 2025.

Vor dem Hintergrund einer sachlichen Einordnung der Marktentwicklung ersuche ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- * Laut Aussagen seitens der vier verbliebenen Spielbanken ist ein wirtschaftliches Führen dieser unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht möglich. Ist aus den vorliegenden Zahlen für das Jahr 2025 ersichtlich, wie viele Spielbanken noch ein positives Jahresergebnis erzielen konnten? Wenn ja, welche?
- * Seit dem Marktstart 2017 hat die Regierung mit Verschärfungen in den Markt eingegriffen. Plant die Regierung, die Rahmenbedingungen im Geldspielbereich zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, um einen regulierten Weiterbetrieb zu ermöglichen?
- * Wie hoch sind die bisher dem Staat zugeflossenen Geldspielabgaben seit 2017?
- * Ende 2025 ist das Bewilligungsmoratorium für Spielbanken ausgelaufen: Auf welcher Grundlage hat die Regierung auf eine Verlängerung verzichtet und weshalb wurde die Revision des Geldspielgesetzes nicht abgewartet?

Antwort vom 06. März 2026

zu Frage 1:

Die Revisions- und Geschäftsberichte der Spielbanken für das Geschäftsjahr 2025 liegen der Geldspielaufsicht im Amt für Volkswirtschaft voraussichtlich erst Ende März 2026 vor. Daten zu Gewinnen und Verlusten wie auch zu Kennzahlen werden vom Amt nicht veröffentlicht. Letztlich ist es der Entscheid der Aktionäre beziehungsweise der Investoren, unter welchen Voraussetzungen sie ihren Spielbetrieb weiterführen wollen oder können.

zu Frage 2:

Mit der Abänderung der Spielbankenverordnung per 1. November 2025 wurden unter anderem Anpassungen zur Abgabe von Gratisspieleinsätzen, der Tischöffnungszeiten und der Rechnungslegung vorgenommen. Gleichzeitig hat die Geldspielaufsicht im Amt für Volkswirtschaft praktische Erleichterungen in der laufenden Aufsicht umgesetzt. Die Ausgangslage gegenüber dem Jahr 2021, als mit der Motion „Casino-Bremse“ gefordert wurde, den Casino-Boom zu bremsen, hat sich stark verändert. Die Anzahl der Spielbanken hat sich reduziert und die Bruttospielerträge sind rückläufig. Die im Vernehmlassungsbericht vom November 2022 vorgeschlagenen Anpassungen des Geldspielgesetzes werden derzeit überprüft und eine überarbeitete Vernehmlassung ist in Vorbereitung. Damit zusammenhängend werden auch Anpassungen auf Verordnungsebene geprüft.

zu Frage 3:

In den Jahren 2017 bis 2025 haben die Spielbanken Geldspielabgaben von insgesamt rund 282 Millionen Franken geleistet.

Im Jahr 2017 waren es rund 5 Millionen, im Jahr 2018 gut 19 Millionen, im Jahr 2019 knapp 30 Millionen, im Jahr 2020 knapp 27 Millionen, im Jahr 2021 rund 28 Millionen, im Jahr 2022 über 49 Millionen, im Jahr 2023 50 Millionen, im Jahr 2024 knapp 53 Millionen und im Jahr 2025 rund 20 Millionen.

Geldspielabgaben in CHF	
2017	5'082'398
2018	19'325'203
2019	29'759'562
2020	26'893'318
2021	28'232'750
2022	49'603'840
2023	50'079'637
2024	52'865'514
2025	20'286'920

zu Frage 4:

Das Bewilligungsmoratorium wurde vom Landtag am 4. November 2022 als eine befristete Sofortmassnahme bis zum 31. Dezember 2025 beschlossen. Diese Massnahme wurde im Kontext der damaligen Marktentwicklung mit fünf tätigen Spielbanken und drei hängigen Gesuchen getroffen, um den Erlass zusätzlicher regulatorischer Massnahmen zu prüfen und in Kraft zu setzen, deren Wirkung zu evaluieren sowie allfällige Korrekturen am Bewilligungssystem vorzunehmen. Weiter ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass der Landtag im Juni 2021 die Motion «Casino-Bremse» an die Regierung überwiesen und die Regierung beauftragt hat, Massnahmen zu ergreifen, um den Casino-Boom in Liechtenstein zu bremsen und dazu unter anderem ein Bewilligungsmoratorium zu prüfen.

Diesen Auftrag hat die Regierung 2021 und 2022 mit verschiedenen Massnahmen umgesetzt, welche auf dem Spielbankenmarkt die beabsichtigte Wirkung erzielt haben. Aktuell sind vier Spielbanken in Liechtenstein tätig. Es kann festgehalten werden, dass das Ziel des Bewilligungsmoratoriums und der weiteren Massnahmen erreicht wurde, weshalb es keinen Grund gab, das Moratorium zu verlängern.